Verantwortliche Redakteure
Für den politischen Theil:
C. Fontane,
für Feuilleton und Vermischtes:
J. Roemner,
für den übrigen redaktionellen Theil:
H. Schmiedehaus,
sämmtlich in Posen.
Verantwortlich für den
Inseratentheil:
O. Knorre in Posen.

Abend-Ausgabe.

Posener Zeitung.

Sechsundneunzigster Jahrgang.

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ferner bei Gust. Ad. Schleh, Hoflief. Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8, in Gnesen bei S. Chraplewski, in Meseritz bei Ph. Matthias, in Wreschen bei J. Jadesohn u. bei den Inseraten-Annahmestellen von G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und „Invalidendank".

Nr. 883.

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung, sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Dienstag, 17. Dezember.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1889

Amtliches.

Berlin, 16. Dezember. Der König hat auf Grund des § 28 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883 (Ges.-S. S. 195) den bei der Regierung zu Stade beschäftigten Gerichts-Assessor Dr. Schwartz zum Stellvertreter des zweiten Mitgliedes des Bezirksausschusses zu Stade auf die Dauer seines Hauptamts am Sitz des letzteren ernannt.

Der König hat dem Ober- und Gouvernements-Auditeur Solms in Berlin den Charakter als Geheimer Justizrath, und den Divisions-Auditeuren Daffner der 15. und Kiy der 10. Division, sowie dem Garnison-Auditeur Hülsen in Straßburg den Charakter als Justizrath, ferner dem Kreis-Physikus, Sanitätsrath Dr. Winckel zu Mülheim a. Rh. den Charakter als Geheimer Sanitätsrath verliehen.

Den Domänenpächtern: Wessel zu Friedrichsau, Regierungsbezirk Danzig, Huld zu Kaisershof, von Sänger zu Güldenau, Bail zu Altkloster, Regierungsbezirk Posen, ist der Charakter als Königlicher Oberamtmann beigelegt worden.

Der bisherige Privatdozent Dr. Fritz Gustav Bramann zu Berlin ist zum außerordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät der Universität Berlin ernannt worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 17. Dezember.

Der **Bundesrath** wird jedenfalls in dieser Woche, und zwar voraussichtlich am Donnerstag, noch eine Plenarsitzung abhalten, sich dann aber wohl bis Neujahr vertagen. Soeben ist ihm der sechste (Schluß-) Bericht der Vollzugskommission für den Zollanschluß Bremens zugegangen. Die Kommission war seit dem Juni 1886 thätig und hat über ihre in vier Sitzungsperioden gefaßten Beschlüsse die erwähnten sechs Berichte erstattet.

Der große Strike der Bergarbeiter im vergangenen Sommer führte bekanntlich zum Rücktritt des Oberpräsidenten von Westfalen. Jetzt scheint dem **Oberpräsidenten der Rheinprovinz** ein gleiches Schicksal in Aussicht zu stehen, wie sich aus der nachfolgenden Notiz entnehmen läßt, welche die „Post" heut an hervorragender Stelle bringt:

„Wie wir hören, hatte Oberpräsident v. **Berlepsch** es ursprünglich abgelehnt, die Delegirten des **Bergarbeiter-Ausschusses** zu empfangen, weil er von ihrem Anliegen bereits unterrichtet sei. Indessen erging von Sr. Majestät dem **Kaiser** ein **direkter Befehl** an den Oberpräsidenten, die Arbeiter zu empfangen und ihr Anliegen entgegen zu nehmen."

Es ist keine sehr angenehme Situation für Herrn v. Berlepsch, seine Rektifizirung von allerhöchster Stelle in solcher Weise vor aller Welt mitgetheilt zu finden. Aber es war auch befremdlich genug, daß dieser Beamte den Vertretern der Arbeiterschaft die ihn sprechen wollten, nichts anderes zu erwidern wußte, als daß er ihre Wünsche und Ansichten bereits kenne, da er durch die Grubenverwaltungen genügend unterrichtet sei. Auf solche Weise gewinnt man natürlich nicht die Sympathien der Bevölkerung, und auch wer sich aus diesen Sympathien nichts macht, der sollte es doch wenigstens als ein Gebot der praktischen Klugheit betrachten, namentlich in so aufgeregten Zeiten wie die jetzigen, jeden Grund zu weiteren Verbitterungen und zur Aussaat neuen Mißtrauens zu vermeiden. Wenn der Friede in Westfalen gesichert erscheint, während der Streik im Saarrevier wieder ausgebrochen ist und vielleicht einen noch größeren Umfang annimmt, so ist es schwer, sich davon zu überzeugen, daß dies unangenehme Mißverhältniß zwischen dem Verlauf von zwei Bewegungen, die ursprünglich in völlig gleichem Tempo einsetzten, nicht auf die Abweisung zurückzuführen wäre, die Herr v. Berlepsch den Arbeitervertretern anfänglich hatte zu Theil werden lassen.

Major **Wißmann** hat, wie bereits gemeldet, Herrn **Schröder**, den in Zanzibar befindlichen Vertreter der deutsch-ostafrikanischen Plantagen-Gesellschaft, aus dem Küstengebiete **ausgewiesen**. Die Maßregel wird darauf zurückgeführt, daß Wißmann von der Anwesenheit Schröders im deutschen Schutzgebiet neue Reibungen mit den Arabern befürchtete. Die „Post" bringt darüber folgende Mittheilung:

Schröder hatte als Verwalter der Plantage Lewa bereits vielfach Streitigkeiten mit Arabern und besonders mit Simbodja, und wenn er auch zur Zeit der Katastrophe im vorigen Jahre sich in Deutschland befand und sich nach seiner Rückkehr nach Ostafrika in Zanzibar aufhielt, so verfolgte ihn auch dort der Haß Buschiris, welcher ihm mehrfach Drohbriefe zusandte, so daß Schröder in den kritischen Zeiten sich bewachen lassen mußte. An und für sich sind ja die Drohbriefe Buschiris, welcher deren viele geschrieben hat, nicht ernst zu nehmen, aber Major Wißmann hielt es im allgemeinen und Schröders Interesse für besser, daß derselbe nicht nach Lewa zurückkehrte, wo die deutsch-ostafrikanische Plantagen-Gesellschaft ihre Arbeiten wieder aufnehmen will. Da die Eingeborenen die kultivirte Fläche mit Negerkorn bepflanzt haben, so wird die Frage schon große Schwierigkeit machen, wie man dies Terrain wieder gewinnen kann. Grund und Boden sind in Afrika Kollektivbesitz, ja es giebt sogar kein eigentliches Eigenthumsrecht am Boden, und die Eingeborenen, welche das kultivirte Land mit ihren Produkten bepflanzten, handelten ihren Anschauungen gemäß, wonach das Land nur so lange einen Nutznießer hat, als es von ihm bebaut wird.

Aus **Zanzibar** kommen wiederum Klagen über die bedrohlicher werdende **Unsicherheit der dortigen Zustände**, die namentlich nach Anbruch der Dunkelheit zu Besorgnissen Anlaß geben soll. Als Ursache wird die große Anzahl von Schanklokalen angegeben, in Folge deren — so berichtet man der „Times" — von Europäern ein Unfug verübt werde, welchem zu steuern die einheimische Polizei zu schwach sei. Aehnliche Klagen sind früher schon wiederholt laut geworden. Sie richteten sich damals in der Regel gegen die Angestellten der Deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, die beschäftigungslos ihre Zeit in Zanzibar verbrachten. Jetzt wird nur von Unfug treibenden „Europäern" im Allgemeinen berichtet, was vielleicht auf ein freundlicheres Verhältniß zwischen Engländern und Deutschen schließen läßt. Wenn die deutsche Gesellschaft demnächst ihrer Absicht gemäß die Thätigkeit an der Küste wieder beginnt, so wird die Zahl der Nichtsthuer auf Zanzibar, welche die dortigen Schanklokale füllen, sich hoffentlich verringern. Bestätigt aber wird leider von den meisten Besuchern der Insel, daß die Schattenseiten europäischer Zivilisation, wie sie sich namentlich in den öffentlichen Trinkstätten zeigen, seit dem Eindringen der Europäer in einem Umfange auf der Insel Platz gegriffen haben, von dem man früher keine Vorstellung hatte.

Aus **Wien** wird berichtet, daß die **Interpellation Plener** im österreichischen Abgeordnetenhause immer weitere Kreise in der deutsch-österreichischen Bevölkerung zieht und auch von der Regierung sehr ernst genommen wird. Am Montag fand unter Vorsitz des Kaisers ein zweistündiger Ministerrath statt, dessen Berathungsgegenstand die Feststellung der Antwort auf die Interpellation Pleners gebildet haben soll. Gleichzeitig beschlossen die in Prag versammelten Vertrauensmänner des deutschen Volkes in Böhmen nach dem Berichte Pleners eine Resolution, in welcher gegen die deutschfeindlichen Aktionen und Beschlüsse des böhmischen Landtages sowie gegen das böhmische Staatsrecht Verwahrung eingelegt wird. Den Abgeordneten Plener und Ruß wurde der Dank für ihre jüngsten Reden gegen die Regierung votirt. Für die Landtagsersatzwahlen, deren Vornahme durch die Ungiltigerklärung der deutsch-böhmischen Mandate erforderlich ist, wurden die bisherigen Abgeordneten neuerdings als Kandidaten aufgestellt.

In der Londoner „Truth" wird die Neuigkeit zum Besten gegeben, daß König **Georg von Griechenland** im Frühjahr zu Gunsten des Herzogs von Sparta **abdanken** wolle. Der König werde seinen Aufenthalt in Dänemark nehmen, aber häufige Besuche in England und Rußland machen. Dann würde Prinz Konstantin, der Gemahl der preußischen Prinzessin Sophie, König werden. Die Nachricht ist schon früher aufgetaucht, wurde aber bestritten. Ist etwas daran, so wird ihre Richtigkeit jedenfalls erst im letzten Augenblick zugegeben werden.

Nach einer der „Pol. Korr." aus **Konstantinopel** von „besonderer" Seite zugehenden Meldung hat der **Sultan** in Folge der Berichte, die ihm über die vor einiger Zeit stattgehabten **Exzesse** der mohamedanischen Bevölkerung **Bagdads** gegen die dortigen **Juden** direkt zugegangen sind, den Auftrag ertheilt, den gewesenen Generalgouverneur von Bagdad, Mustafa Assym Pascha, der gegenwärtig die Stelle des Gouverneurs von Adana bekleidet, in Anklagezustand zu versetzen, da derselbe angeklagt ist, die muselmanische Bevölkerung zu den Exzessen gegen die Juden aufgemuntert zu haben. Ferner hat der Sultan die Entsendung einer Spezialkommission nach Bagdad angeordnet, welche schon in den nächsten Tagen ihre Reise dorthin antreten soll, um an Ort und Stelle eine eingehende Untersuchung der erwähnten Vorfälle vorzunehmen und festzustellen, ob und welche Beamten ein Verschulden an denselben trifft.

Deutschland.

₊ **Berlin,** 16. Dezember. Die Meldungen aus dem Ruhrkohlengebiet haben ohne Zweifel in weiten Kreisen eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen. Anstatt des erwarteten Friedensschlusses zwischen den Zechenverwaltungen und den Arbeitern ist nur die Verlängerung des am vorigen Sonntag proklamirten Waffenstillstands auf unbestimmte Zeit erfolgt. Dazu hat nicht am wenigsten der Umstand beigetragen, daß alle, oder wenigstens eine Reihe von Verwaltungen thatsächlich die Sperre erst am Sonnabend, also sozusagen erst im letzten Augenblicke aufgehoben haben, was dann zur Folge hatte, daß in den gestern abgehaltenen entscheidenden Versammlungen die Ansichten über die Fragen, ob die Sperre aufgehoben sei oder nicht, sich diametral entgegenstanden. Daß die Arbeiter unter diesen Umständen abwarten wollen, wie die Zechenverwaltungen sich in den nächsten Wochen verhalten werden, erscheint durchaus gerechtfertigt. Auf der andern Seite ist für Denjenigen, der die Berichte über die gestrigen Versammlungen aufmerksam gelesen hat, darüber wohl kein Zweifel möglich, daß der Aufschub der Entscheidung von denen auf einen Strike hinarbeitenden Elementen unter den Arbeitern zu ihren Zwecken ausgenutzt werden wird. Schon gestern wurde z. B. auf der Dortmunder Versammlung alles Ernstes der Vorschlag gemacht, eine Lohnerhöhung im Verhältniß der Kohlenpreiserhöhung zu fordern. Daß dieser Vorschlag aus der Versammlung heraus als Unsinn, Blech bezeichnet wurde und bei der Beschlußfassung nicht in Frage kam, ist ja fürs Erste sehr erfreulich, aber Niemand kann dafür bürgen, daß nicht in spätere Versammlungen diese Unruhestifter die Zügel in die Hand bekommen. Schon in der gestrigen Dortmunder Versammlung mußte Herr Schröder, eins der Mitglieder der Kaiserdeputation, sich gegen den Verdacht vertheidigen, als ob er „gekauft" sei. In der That ist es ja auch gestern nicht gelungen, den Vorstand des Bergarbeiterverbandes, wie die Gemäßigten wollten, mit der Ueberwachung der Art und Weise zu beauftragen, in der die Zechenverwaltungen nach Aufhebung der Sperre den Arbeitern gegenüber verfahren werden. Daß die Bergwerksbesitzer oder die Kohlenbarone, wie sie gestern in den Versammlungen genannt wurden, dieser Sachlage gegenüber nicht gut thun werden, die Hände in den Schooß zu legen, wird nachgerade selbst in den den Bergwerksverwaltungen nahestehenden Kreisen anerkannt. Wenn die berechtigten Erwartungen der Arbeiter in den nächsten Wochen in der Frage der Freizügigkeit, welche ja mit derjenigen der Lohnerhöhung sehr eng zusammenhängt, getäuscht werden sollten, so dürfte auch die Intervention der Regierungsbehörden nicht mehr hinreichen, den Ausbruch eines neuen Strikes zu verhindern. Aber vielleicht wird selbst die loyale Ausführung der bisher gemachten Versprechungen nicht hinreichen, der Agitation der unruhigen Elemente unter den Arbeitern ein Ziel zu setzen. Man erinnert sich ja, daß im letzten Frühjahr der Ausbruch des geplanten Strikes vorzeitig durch die jüngeren unruhigen Elemente herbeigeführt worden ist, die im Uebrigen an der Leitung der Bewegung in keiner Weise betheiligt waren. Daß Vorgänge dieser Art sich wiederholen können, wird wohl von allen Seiten zugegeben werden. Um so mehr erscheint es angezeigt, daß die Arbeitgeber aus der bisherigen Passivität heraustreten und zur Ausführung des bekannten Berliner Protokolls vom 15. Mai die Hand bieten, wonach zunächst freilich nur in der Ueberschichtenfrage eine Verständigung im einzelnen Falle zwischen der Grubenverwaltung einerseits und einem Ausschuß von Vertrauensmännern der betreffenden Belegschaft andererseits vorbehalten wurde. Dieser Ausschuß sollte alljährlich von der Belegschaft in freier Wahl selbständig gewählt werden und zwar von denjenigen Bergleuten der Belegschaft, welche das fünfundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben. Wären die Zechenverwaltungen damals auf diesen Vorschlag eingegangen, so würden die jetzigen Streitfragen wohl sehr viel leichter und schneller entschieden worden sein. Wollen die Verwaltungen der Gefahr entgegen arbeiten, daß die Strikeverhandlungen zu einer Schraube ohne Ende werden, so werden sie gut thun, möglichst bald zu einer verständigen Organisation der Belegschaften im Sinne jenes Vorschlages die Hand zu bieten. Wenn sie auf die Reichsgesetzgebung und auf die Vorlage betreffend die Bildung von Einigungsämtern warten wollen, so verlieren sie auf der einen Seite das moralische Verdienst der Initiative, während sie auf der anderen Seite Gefahr laufen, den günstigen Zeitpunkt zu versäumen.

— Vorgestern Vormittag gegen 12 Uhr hatte der **Kaiser** mit dem Minister des königlichen Hauses v. Wedel-Piesdorff und zugleich mit diesem auch mit den Professoren Raschdorff und Ewald eine längere Unterredung. Zuvor hatte der Kaiser sich nach Potsdam begeben, um daselbst im königlichen Stadtschlosse dem Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich Este einen Besuch abzustatten und denselben nach dem Kasino des Offizierkorps des Leib-Garde-Husaren-Regiments zu geleiten. Um 1 Uhr Nachmittags stattete der Erzherzog Franz Ferdinand den kaiserlichen Majestäten einen Besuch ab und folgte auch einer Einladung derselben zur Mittagstafel, an welcher auch der Begleiter des Erzherzogs, Kammervorsteher Oberst Graf Wurmbrandt, und der zum Ehrendienst beim Erzherzog kommandirte Major v. Mosner vom Leib-Garde-Husaren-Regiment 2c. theilnahmen. Darauf begab sich der Kaiser mittels Sonderzuges von der Wildparkstation aus zu etwa eintägigem Besuch nach Neugattersleben. Um 5 Uhr traf der Kaiser auf dem festlich geschmückten Bahnhofe von Neugattersleben ein und wurde von dem Kammerherrn v. Alvensleben empfangen. Der Kaiser fuhr in offenem Vierspänner unmittelbar zur Kirche und von dort nach vollzogenem Taufakte zum Schlosse. Ueberall wurde der Kaiser von der zahlreich herbeigeströmten Menschenmenge lebhaft begrüßt. Heute um 8½ Uhr früh fand für den

Kaiser allein eine Streife auf Hasen statt; um 9½ Uhr folgte ein Gabelfrühstück im Schlosse.

— Die Kaiserin Augusta wohnte am Sonntag Vormittag dem Gottesdienste in der Kapelle des Augustahospitals bei und unternahm später eine Spazierfahrt. Auch heute Nachmittag gegen 1 Uhr unternahm die Kaiserin Augusta eine Spazierfahrt nach Charlottenburg und besuchte dort die Kaiserin Augusta-Stiftung.

— Gestern Nachmittag kam der Erzherzog Franz Ferdinand von Oesterreich-Este nach Berlin und nahm im königlichen Schlosse Wohnung, um heute früh nach Prag zu fahren.

— Prinz Georg ist von seinen Herbstreisen heute Nachmittag wieder nach Berlin zurückgekehrt.

— Wie der hiesige Korrespondent der Londoner „Times“ erfährt, ist es wahrscheinlich, daß der Prinz von Wales um Mitte Januar, wenn die Hoffeste beginnen, die nächstes Jahr überaus glänzend zu werden versprechen, dem deutschen Hof einen Besuch abstatten werde. Derselbe Korrespondent meldet auch, daß der Herzog Ernst von Sachsen-Koburg-Gotha dem Kaiser in Hannover eins der ersten Exemplare des neuen Bandes seiner Memoiren überreichte, und daß der Kaiser „sich äußerst befriedigt von dem Inhalt des Werkes und des denselben beseelenden patriotischen Gefühls“ ausgesprochen habe.

— Der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst Chlodwig zu Hohenlohe, welcher sich kürzlich zum Fürsten Reichskanzler nach Friedrichsruh begeben hatte, ist am Sonntag Nachmittag von dort wieder nach Berlin zurückgekehrt und hat im Hotel Kontinental Wohnung genommen.

— Im Laufe des Januar werden die kaiserlichen Verfügungen über die großen militärischen Uebungen des nächsten Herbstes veröffentlicht werden. Die Erwägungen, welche darüber stattfinden, sind dem Vernehmen der „Köln. Z.“ nach noch nicht abgeschlossen. Inzwischen nimmt man an, daß die Kaiser-Manöver bei dem elften Armeekorps stattfinden; bezüglich der Wahl des kaiserlichen Hauptquartiers in Mainz dürften bei der neulichen Anwesenheit des Kaisers am großherzoglich hessischen Hofe Zusagen ergangen sein.

— Der Provinziallandtag der Provinz Sachsen ist zum 5. Januar k. J. nach Merseburg einberufen worden.

— In der Streitsache Schliemann-Bötticher enthält die „Wiener Neue Freie Presse“ folgende wichtige Erklärung: „Zu Anfang Dezember fand auf der Ruinenstätte von Hissarlik (Ilion) eine Zusammenkunft zwischen den Herren Dr. Schliemann und Dr. Dörpfeld einerseits und dem Hauptmanne außer Dienst Bötticher andererseits statt. Der Letztere hat bekanntlich in seinem Buche: „La Troie de Schliemann une nécropole à incinération“, sowie in Aufsätzen und Flugschriften die Ruinen zu Hissarlik als eine „prähistorische Feuer-Nekropole“ zu erklären versucht und dabei gegen Dr. Schliemann und Dr. Dörpfeld die Beschuldigung erhoben, durch Verschweigung von Thatsachen, beziehungsweise Zerstörung von Bauwerken absichtlich die Ausgrabungs-Ergebnisse entstellt zu haben. Als unparteiische Zeugen waren die Unterzeichneten erschienen. Bei Untersuchung der von Dr. Schliemann aufgedeckten Bau-Anlagen erwiesen sich die von Hauptmann a. D. Bötticher erhobenen Beschuldigungen als durchaus unbegründet und es wurde von den Unterzeichneten die Uebereinstimmung der in den Werken „Ilios“ und „Troja“ von Dr. Schliemann und Dr. Dörpfeld gegebenen Darstellung mit dem wirklichen Sachverhalte anerkannt. Hauptmann a. D. Bötticher hat diese Uebereinstimmung in mehreren wichtigen Punkten eingeräumt und die Beschuldigung der Entstellung der Ausgrabungs-Ergebnisse zurückgenommen. Auf Grund der vom 1. bis 6. Dezember angestellten Untersuchungen, über welche ein Protokoll geführt wurde, erklären die Unterzeichneten, daß sie in den zu Hissarlik aufgedeckten Ruinen nicht eine „Feuer-Nekropole“ erblicken, sondern Wohnstätten, bezw. Tempel und Befestigungsanlagen.

Konstantinopel, 10. Dezember 1889.

George Niemann,
Architekt, Professor an der Akademie der bildenden Künste zu Wien.
Steffen,
Major u. Abtheilungs-Kommandant in der preuß. Feldartillerie.

— Die Verhandlungen der Witu-Gesellschaft mit der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft über eine Verschmelzung beider sind so weit gediehen, daß der vollständige Abschluß unmittelbar bevorsteht. Bemerkenswerth ist, daß der bisherige erste Vorstand der Witu-Gesellschaft, Konsul a. D. Weber (Mitglied des Abgeordnetenhauses), nach dem ungünstigen Abschlusse des Rechnungsjahres 1888/89 aus dem Vorstande ausgeschieden ist. Die Witu-Gesellschaft ist mit ihrem jetzigen Vertreter in Ostafrika, Premier-Lieutenant Weiß, welcher bereits 1885 im Dienste der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft in Ostafrika thätig war, sehr zufrieden. Das der Witu-Gesellschaft gehörige Gebiet und die ganze Witukiste befindet sich in einer Art Krisis in Folge der Ansprüche der Engländer auf die Küste. Es handelt sich hauptsächlich um die bekannten zehn Seemeilen Küste, welche das famose Londoner Abkommen von 1886 dem Sultan von Zanzibar zusprach. Die Briten wollen jetzt diese Küstenlinie auch auf Witu übertragen, obwohl dieses Gebiet schon vor Abschluß jenes Abkommens als deutsches Schutzgebiet angesehen wurde, und daher von dieser Abmachung ausgeschlossen war. Eine gewisse Unterlage wurde den Briten dadurch gegeben, daß die Orte Kau und Kipini, obwohl sie nördlich vom Tana der Grenze zwischen der deutschen und der englischen Interessensphäre liegen, doch dem Sultan von Zanzibar damals zuerkannt wurden. Es liegen Anzeichen vor, daß die ganze Angelegenheit ebenso wie die Zollfrage in Lamu zu Ungunsten deutscher Ansprüche entschieden werden würde. Bei den bezüglichen Verhandlungen hat der Vertreter des auswärtigen Amtes erklärt, daß die britischen Ansprüche auf die fragliche Küste u. s. f. schon aus 1883 herrührten. Diese Behauptung jetzt ist um so auffallender, als schon die Abmachungen von 1886 bezüglich Kau und Kipinis alle Welt überraschten. Auch sind solche Ansprüche der Briten weder bei den bezüglichen Abmachungen mit dem Sultan von Witu, noch bei den früheren Verhandlungen mit der Witu-Gesellschaft, deren Gebietskauf von Denhardt weder vor noch nach 1886 zur Sprache gekommen. Ebenso wie nach solchen Andeutungen die Uebergabe jener Küste an die Briten bevorzustehen scheint, werden uns wohl auch die Inseln Manda, Paka, Keweihr u. s. f. verloren gehen, obwohl sie schon ihrer Lage nach dem deutschen Schutzgebiet gehören.

— Aus einer vom Kultusministerium sämmtlichen Schulinspektoren überwiesenen Schrift: „Der Kampf gegen die sozialistischen Ideen, beleuchtet vom Standpunkt der Volksschule“ theilt die „Preuß. Lehrerztg.“ folgende Stelle mit: „Schon sehen wir Leute in den Reihen der Sozialisten, die wir in dieser Gesellschaft früher nicht gesucht hätten. Handwerker, niedere Beamte, Doktoren aller Wissenschaften, Literaten rc. Alle, die da klagen über unzureichenden Verdienst, alle, die unzufrieden sind mit ihrer gesellschaftlichen Stellung, sind dem sozialistischen Wesen zugänglich. Auf dieselbe schiefe Ebene wird ohne Frage mit der Zeit auch ein Bruchtheil der Volksschullehrer gedrängt werden, wenn der Staat nicht Ernst macht mit der Befriedigung gerechter Anliegen.“ Wir lassen es dahin gestellt sein, ob bezw. in welchem Umfange schon heute unter den Volksschullehrern Sympathien für die sozialdemokratischen Bestrebungen vorhanden sind. Wie es scheint, hat sich die Unterrichtsverwaltung die mitgetheilten Anschauungen zu eigen gemacht und würde dann das Nöthige thun müssen, um die Lehrer von dieser vielleicht doch unerwünschten politischen Parteinahme abzuhalten. Die letzten Schritte der Unterrichtsbehörde: Verringerung der Gehälter, Abkürzung der Ausbildungszeit, Verschärfung der kirchlichen Abhängigkeit, sind schwerlich geeignet, die Lehrer mit ihrer gegenwärtigen Lage auszusöhnen.

— Das „Zentralbl. für die allg. Gesundheitspflege“ macht darauf aufmerksam, daß die Befürchtung, als ob durch die auch die schwächlichen Kinder am Leben erhaltenden hygienischen Bestrebungen der Neuzeit eine minder leistungsfähige Generation geschaffen werde, nach den Erfahrungen, die man bei Feststellung der Diensttauglichkeit der Militärpflichtigen macht, nicht begründet sei. Es hat nämlich der Prozentsatz der in Preußen für dauernd untauglich Erklärten von 1876—1887 ziemlich ununterbrochen abgenommen. 1876 wurden 12,82 pCt. aller Untersuchten für untauglich erklärt, 1877 11,41 pCt., 1878 10,56 pCt., 1879 11,00, 1880 10,93, 1881 9,01, 1882 8,58, 1883 7,87, 1884 7,67, 1885 7,43, 1886 7,54 und 1887 nur 6,84 pCt. Die starke Abnahme von 1880 zu 1881 findet nach dem „Reichsanz.“ allerdings ihre Erklärung dadurch, daß die Leute mit Mindermaß bis 1880 für untauglich zum Waffendienst erklärt wurden, seit 1881 aber nicht mehr. Selbst aber bei der Annahme, daß diese Aenderung eine Abnahme um 1,5 pCt. bewirkt habe, ist das allmähliche beträchtliche Sinken des Prozentsatzes ein sehr erfreuliches Zeichen für die Körperbeschaffenheit unserer Jugend. Denn daß die Militärverwaltung ihre Ansprüche bezüglich der Diensttauglichkeit mit der Zeit herabgemindert habe, ist doch wohl nicht anzunehmen.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 14. Dezember. Die Regierung hat endlich ihr Schweigen gebrochen. Die wuchtigen Hiebe, welche am Freitag der Führer der deutsch-liberalen Opposition, Abgeordneter Plener, gegen das System geführt hat, scheinen denn doch das Ministerium an einer empfindlichen Stelle getroffen zu haben, sonst hätte sich wohl Graf Taaffe kaum dazu entschlossen, zu Beginn der gestrigen Abgeordnetenhaus-Sitzung das Wort zu ergreifen, und auf diese Weise die bereits geschlossene und der Regierung nichts weniger als erwünschte Debatte von Neuem zu eröffnen. Daß es nicht das konstitutionelle Pflichtgefühl, die Erkenntniß, daß die Regierung doch wohl schuldig sei, einiges Licht in die Verworrenheit der inneren Lage zu bringen, gewesen ist, welche den Ministerpräsidenten bewog, in die Debatte einzutreten, das zeigte Graf Taaffe gleich mit den ersten Worten seiner Rede. Ein übermäßiges Feingefühl für parlamentarische Konvenienzrücksichten ist niemals die starke Seite dieser Regierung gewesen, dagegen ist sie um so empfindlicher für Alles, was geeignet sein könnte, ihre Stellung gegenüber der Krone zu erschüttern, und just diese Seite des ministeriellen Gewissens hat Pleners Rede mehrfach und ziemlich scharf getroffen. Wenn ein Abgeordneter von der oft mehr als staatsmännischen Mäßigung des Oppositionsführers der Regierung zuruft: „So schlecht ist in Oesterreich noch niemals regiert worden“, wenn er die drohende Perspektive auf einen Widerstand der Deutschen eröffnet, welcher „noch ganz andere Formen annehmen würde, als die der passiven Abstinenz vom böhmischen Landtage“, dann muß man wohl auch an höchster Stelle bedenklich werden und sich die Frage vorlegen, ob das System des Grafen Taaffe so viel werth sei, um eine derartige Gefahr ruhig an den Staat herankommen zu lassen. Das fühlte denn auch der Ministerpräsident, und die Hiebe Pleners von diesem Punkt aus zu pariren, war der einzige Zweck seiner Rede. Die Mittel, deren er sich dazu bedient, waren nicht neu. Sachlich widerlegte Graf Taaffe die Beschwerden und Einwürfe der Opposition, daß gegen die Deutschen regiert werde, auch nicht mit

---

Zwei Säle im Rathhause zu Posen.

(Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Sigismund August,*) geboren 1520 und 1529 zum Könige von Polen und zum Herzoge von Lithauen gewählt, hatte durch den verderblichen Einfluß seiner Mutter, der Bona Sforza, eine schlechte Erziehung erhalten. Erst im Alter von 17 Jahren konnte der König ihn den Händen der Mutter entreißen und that ihn unter die Aufsicht des Peter Bnin Opalinski, Kastellan von Gnesen, eines durch Geburt, Redlichkeit und staatsmännische Leistungen ausgezeichneten Mannes. Doch schmeichelte man sich vergeblich, daß der stolze, eigenwillige Jüngling zu Staatsgeschäften sich heranbilden lassen würde. Erst als er sich 1548 mit der Erzherzogin Elisabeth, Tochter des römischen Königs Ferdinand, vermählt hatte, mindert sich sein Stolz, mehrt sich seine Lernbegierde. Die Furcht, dieser Prinzessin zu mißfallen, deren Tugend er so hoch achtete, als er in ihre Reize verliebt war, zügelte seine Leidenschaften. Da aber diese Gemahlin nach kurzer Zeit starb überließ er sich mehr denn je dem Feuer seiner Jugend. Schwelgerisch, ausschweifend, in der Freundschaft so leichtsinnig wie in der Liebe.

Eine junge Wittwe, Barbara (sie war mit Stanislaus Gastold, dem Woywoden von Trock vermählt gewesen), Tochter Georg Radziwils, Kastellans von Wilna kam, an seinen Hof. Sie war schön und besaß alle Eigenschaften, leidenschaftliche Liebe zu erregen. Sie war witzig und bezaubernd in ihren Reden. Als sie nach Wilna kam, zog sie die Blicke des Prinzen auf sich. Sie mochte nun entweder Absichten auf sein Herz haben, oder sie mochte ihn nicht sehen können, ohne ihn zu lieben, so wurde sie von seinen ersten Höflichkeiten gerührt und lehnte sie nur ab, um neue zu verdienen. Der Prinz sah bald ein, daß er nicht glücklich sein könne, wenn er nicht den Thron mit ihr theilte. Die Vermählung wird beschlossen und erfolgte ohne Erlaubniß des Königs, ohne Einwilligung des Senats, ohne weitere Zeugen als die, so dieselbe eingingen, ohne weitere Versicherung als das Wort des Prinzen und die Einbildung der jungen Wittwe, welche durch ihre Geschicklichkeit den gewöhnlichen Ueberdruß einer befriedigten Liebe zu verhindern hoffte.

*) Diese und theilweise auch die voraufgegangenen Darstellungen von den geschichtlichen Vorgängen und Thatsachen aus der Zeit Sigismund Augusts sind dem II. Bande von Solignacs „Allgemeinen Geschichte von Polen“ entnommen. Dieser II. Band ist von Dr. Johann Friedrich Joachim, 1765 ordentlicher Professor der Geschichte zu Halle, bis zum Jahre 1765 fortgesetzt und mit einer Vorrede versehen. Und dieser Fortsetzung hat Joachim zu Grunde gelegt: 1) „Geschichte des polnischen Reiches von Lengnich“; 2) „Geschichte der preußischen Lande königl. polnischen Antheils, von Lengnich“ und 3) „Vertraute Briefe des Bischofs und Großkanzlers Zaluski.“

Die Verschwiegenheit, welche die Verbindung erforderte, machte dieselbe dauerhafter. Da sich die neuen Vermählten mit mehr Zwang sahen, wurden sie gewohnt, sich mit mehr Vergnügen zu sehen. Und was auch selbst bei den wohlgetroffensten Heirathen eine Seltenheit ist, so erzeugte diese Leidenschaft zwischen ihnen eine wahre Hochachtung, und die Hochachtung verwandelte ihre Leidenschaft in eine beständige Freundschaft. Der Tod des Vaters giebt ihnen die erwartete Gelegenheit, ihre Verbindung bekannt zu machen, ohne Gefahr zu laufen, daß dieselbe zerrissen würde. August läßt den Courier, der ihm die Todesnachricht bringt, verbergen, macht die Vermählung bekannt, als hätte er lieber dem Zorn des Vaters sich bloßgestellt, als seine Gemahlin länger der schuldigen Ehre berauben wollen. Er ertheilt dem Woywoden von Lithauen und den Großen des Hofes den Befehl, sich zu ihr zu verfügen und sie für die Königin zu erkennen. Aus ihrer Wohnung in der Vorstadt von Wilna wurde sie, gleichsam im Triumph, in den königlichen Palast geführt. August läßt den Courier erst drei Tage nachher zum Vorschein kommen, als ob er jetzt erst angelangt wäre. Fast zu gleicher Zeit reist er nach Krakau zum Leichenbegängniß Sigismund I. Er trifft daselbst die Königin Mutter, die Prinzessinnen Schwestern, den Markgrafen von Brandenburg, die Gesandten Kaiser Ferdinands, alle Großen des Reichs, die nicht weniger bestürzt über seine Vermählung als über den Tod des Königs sind.

Nach dem Leichenbegängniß kündigt Sigismund II. einen Reichstag zu Petrikau an. Hier bricht das Murren des Senats und des Adels aus. Man überlegt, ob die ohne Einwilligung der Republik erfolgte Vermählung nicht vernichtet zu werden verdient. Denn welche Vortheile kann das Königreich von dieser Verbindung sich versprechen? Was für Beistand, Reichthümer, Hilfe kann es von der Tochter, von der Wittwe eines Unterthanen erhalten, deren Geburt, so vornehm sie auch sei, weit unter dem Range ist, zu dem sie ohne unsere Stimmen sich hinaufzuschwingen hofft, sagten die Landboten.

Dies war die Sprache aller Abgeordneten und Senatoren bis auf Samuel Maciejowski, Bischof von Krakau und Großkanzler, und Johann Tarnowski, Kastellan von Krakau und Großfeldherr der Armee. Habsucht beherrschte den ersteren, der den König nur in der Absicht vertheidigte, ihn zur Vermehrung seiner Einkünfte zu bewegen, die zur Befriedigung seiner Prachtliebe und Verschwendungssucht nicht ausreichten. Der andere, von Weissagungen eines Sterndeuters, der ihm die Krone prognosticirt, eingenommen, wünschte Sigismund August vom Throne gestürzt zu sehen und vertheidigte ihn nur, um seine Schande und seine Hartnäckigkeit, dieselbe zu behaupten, erkennbarer zu machen.

Der Reichstag verlangt vom Könige, daß er seine Verbindung trennen helfe und eine neue eingehe, die der Majestät des Thrones würdiger und seinen Unterthanen rühmlicher wäre. Der König antwortet: die Nation, welche sich auf die Verbindungen, so er mit ihr eingegangen, verließ, würde kein Recht mehr haben, darauf zu bauen, wenn er die zu brechen fähig wäre, so er mit der Königin eingegangen. Ein verrätherischer und ungetreuer Gemahl könnte ihnen nichts anderes als einen treulosen König ankündigen.

„Erlaubt demnach,“ fügte er hinzu, „daß ich der Redlichkeit, die ihr mir anwünschet, nicht im geringsten entgegenhandle. Ich bin mit der Republik verbunden und will ihrem Ansehen nicht schaden; ich bin mit meiner Gemahlin verbunden und ich würde lieber sterben, als ihr Zutrauen hintergehen. Wenn ich eure Gesetze übertreten, wenn ich eure Freiheiten verletzt habe, so gebe ich ihnen durch mein Geständniß, daß ich solchen nicht nachgekommen, ihre Kraft wieder; und ich biete euch dadurch, daß ich euch in meine Vermählung einzuwilligen bitte, ein Mittel an, wieder zu euren Rechten zu gelangen. Da ihr sie nun nicht trennen könnt, so ist auch weiter nichts übrig, als dieselbe zu billigen. Meine Ehre wird dadurch weniger leiden, und ihr werdet nichts von der strengen Freiheit verlieren, worin ihr euren Ruhm suchet.“

Diese bescheidene und gegründete Vorstellung brachte die Gemüther noch mehr auf. Nikolaus Dziergowski, Erzbischof von Gnesen, nahm das Wort und sagte: „Nichts schicke sich weniger für ein freies Volk als die Gesinnungen, die der König geäußert. Dieser wolle gleich im Anfange seiner Regierung unumschränkte Oberherrschaft einführen, die um so gefährlicher sei, da er sie durch die Unverbrüchlichkeit der Eidesschwüre, ja selbst durch das Beste seiner Völker zu rechtfertigen suche. Nachdem er sich ungestraft über die Gesetze der Republik erhoben, müsse er diese wenigstens nicht zwingen, dasjenige, was er in Ansehung derselben gethan, sogar bis zu Verachtung zu billigen. Mit der Erstickung solches Samens von Unabhängigkeit, müsse man eilen, bevor er Wurzeln im Staate geschlagen.“

Folgendes, für einen Bischof ganz Unschickliche fügte er hinzu:

„Man kann unmöglich eine Ehe erkennen, die ganz und gar keine ist; allein wenn es darauf ankäme, eine rechtmäßige Gemahlin zurückzuschicken, so würde sich keiner unter uns finden, der nicht um das Beste des Staates willen gern einen Theil davon auf sein Gewissen nehmen würde.“

Der Bischof von Przemysl, Dziaduski, zeigte eine nicht geläutertere Sittenlehre als die des Primas, und daß man damals in Polen fast nicht mehr Hochachtung für die Bande der Ehe hatte, als man heutzutage (1765) daselbst dafür hat, wo sie wegen der Leichtigkeit, mit der man sie trennen kann, fast allein nur von der Standhaftigkeit der Männer, dem Besten der Familie, oder von der Furcht einer schlechteren Wahl ab-

einem einzigen Worte. Dagegen war die Absicht, den Patriotismus und die Loyalität der Deutschen zu verdächtigen, in der Rede des Ministers geradezu faustdick aufgetragen. Graf Taaffe unterschob den Worten Pleners die Tendenz, daß sie für das „Ausland“ gesprochen seien, fragte ihn höhnend, ob er eine andere, als eine kaiserliche Regierung plane, und was dergleichen Denunziationsscherze mehr sind, die alle darauf hinauslaufen, die Deutschen als ein staatsgefährliches Element darzustellen, gegen welches es nur einen Schutz und eine Rettung giebt: das System Taaffe, in dessen Bahnen verharren zu wollen der Schöpfer desselben am Schlusse seiner Rede erklärte. Mehr war aus dem Grafen Taaffe absolut nicht herauszubekommen. Auf die Frage, welche Stellung die Regierung gegenüber dem böhmischen Staatsrecht der Königskrönung einnehme, und ob sie den vom böhmischen Landtage beschlossenen und geplanten Bedrückungsgesetzen gegen die Deutschen ihre Zustimmung leihen wolle, ist Graf Taaffe auch heute die Antwort schuldig geblieben, er wollte die Interpellation Pleners in einer der „nächsten Sitzungen beantworten“, das war Alles, was er den neugierigen Fragestellern zu sagen hatte. In gemeinverständliches Deutsch übertragen, heißt das, die Antwort wird ertheilt werden, sobald die Regierung über den Inhalt derselben sich mit den Czechen verständigt hat. Daß die Interpellations-Beantwortung der Gegenstand von Verhandlungen zwischen dem Ministerium und den Czechen bildet, hat Dr. Rieger übrigens ganz deutlich verrathen, indem er erklärte, die Feststellung der Antwort brauche Zeit, weil die Regierung auch darauf Bedacht nehmen müsse, die „Gefühle der czechischen Bevölkerung nicht zu verletzen“, deren Seelenzahl Herr Rieger mit sechs Millionen angiebt, da er, die Herstellung des Wenzels-Reiches bereits antizipirend, die czechischen Bewohner Mährens und Schlesiens in seine Berechnung einbezog. Wie unter diesen Umständen die Antwort der Regierung ausfallen wird, läßt sich an den Fingern abzählen, und der Abgeordnete Dr. Ruß, welcher als Generalredner der Linken fungirte, dürfte das Richtige getroffen haben, wenn er die Grundzüge der Interpellations-Beantwortung in folgender Weise markirte: Die Regierung werde sagen, sie stehe auf dem Boden der Verfassung, über die Königs-Krönung sei sie ein Votum abzugeben nicht berechtigt, da die Krönung ein Reservatrecht des Kaisers sei. Einer derartigen Auffassung trat jedoch der Generalredner der Linken auf das Entschiedenste entgegen, durch den Hinweis darauf, daß die Königskrönung einen Krönungseid einschließe, ein solcher aber der Verfassung widerstreite, welche keinen anderen Eid kenne als den des Kaisers auf die Staatsgrundgesetze. Darum würden auch, erklärte Dr. Ruß im weiteren Verfolge seiner Auseinandersetzung, die Deutschen wohl immer dem Kaiser von Oesterreich, aber niemals dem König von Böhmen huldigen. Auf der Linken, der Rechten und der Regierung riefen diese nicht mißzuverstehenden Worte des Generalredners der Linken eine noch tiefere Bewegung hervor als die Warnung Pleners vor der „Exasperation“ der Deutschen. Wenn Graf Taaffe nach all' dem noch nicht begreift, wohin sein System treibt, dann wird er es rechtzeitig wohl nicht mehr begreifen lernen. Geklärt ist die Lage durch die improvisirte Budget-Debatte in jedem Falle geworden, wenn auch nicht durch das Hinzuthun der Regierung. Es kann nach den überaus kräftigen und offenherzigen Erklärungen der Opposition kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß die Deutschen zum äußersten Widerstand gegen das System Taaffe, schlimmsten Falls zur Abstinenzpolitik entschlossen und vorbereitet sind, ebenso hat die Auffassung Riegers von dem czechischen „Sechs Millionen-Staat“ Licht darüber verbreitet, bis zu welchem Grade des nationalen Größenwahns die czechischen Staatsrechts-Träume bereits gedeihen durften. So steht es auf den Endpunkten jener Bahnen aus, welche Graf Taaffe bisher verfolgte und die beharrlich weiter zu verfolgen, er als das Ziel seiner Politik erklärt hat. (Volksztg.)

Aus dem Gerichtssaal.

— Das Schiffsunglück, das sich am Abend des 20. Juli d. J. an der Dammbrücke in Köpenick ereignete, beschäftigte am Sonnabend die erste Strafkammer am Landgericht II. zu Berlin. Der fahrlässigen Tödtung in zwei, der fahrlässigen Körperverletzung in vier Fällen angeklagt, erschien der 47jährige Schiffskapitän Wilhelm Friedrich Albert Seegert, Berlin, Köpnickerstraße 8, wohnhaft, vor den Schranken. Die Verhandlung, die durch den Landgerichts-Direktor Gartz geleitet wird, begann unter großem Andrang des Publikums gegen 12 Uhr Mittags. Dem Angeklagten steht Rechtsanwalt Rausnitz als Vertheidiger zur Seite. Das Personal der Eisengießerei Wolff u. Co. in der Chausseestraße (früher „Vulcan“) unternahm am 20. Juli in der Stärke von 200 Köpfen einen Ausflug nach Friedrichshagen. Die Beförderung erfolgte durch den Dampfer „Kaiserin Augusta Victoria“ unter der Führung des Angeklagten. Auf der Rückfahrt langte der Dampfer gegen 10 Uhr Abends vor der Dammbrücke in Köpenick an. Es ist dies eine sogenannte Klapp- oder Aufziehbrücke, d. h., die Brücke muß erst aufgezogen werden. bevor ein Schiff passiren kann. Sind die Klappen aufgezogen, so ergiebt sich eine Durchfahrt von 7 Meter Breite, die aber sehr wesentlich beeinträchtigt wird durch die Balkenköpfe, auf denen die Klappen ruhen. Diese Balkenköpfe ragen rechts einen Meter und links einen Fuß lang in die Durchfahrt hinein, so daß dieselbe eigentlich nur 5¾ Meter breit und darum von allen Schiffsführern als eine sehr bedenkliche Passage gefürchtet ist. Es besteht daher auch die Vorschrift, daß die Durchfahrt nur in ganz langsamer Fahrt geschehen und der Führer Nachts genau auf die Mitte zwischen der rothen und grünen Laterne halten soll, durch welche die beiden Seiten der Brücke markirt werden. Als der Dampfer sich der Brücke näherte, war es dunkel und regnerisch. Der Kapitän führte selbst das Steuer, während der Steuermann Witt zu seiner Unterstützung daneben stand. Kurz vor der Einfahrt riefen beide den Fahrgästen zu: „Setzen! Schirme zu! die Arme vom Geländer nehmen!“ kaum aber war die Spitze des Schiffes in die Einfahrt gelangt, da rannte sie mit großer Gewalt gegen die rechtsseitigen Balkenköpfe, wodurch ein Theil des Geländers abgebrochen, zwei Frauen in das Wasser geworfen, andere an der betreffenden Stelle sitzende Personen unter und übereinander geworfen wurden. Es entstand eine entsetzliche Szene. Die im Wasser mit dem Tode ringenden, die auf dem Schiffe schwerverletzten oder in Angst versetzten Menschen erfüllten mit ihrem Geschrei die Luft, dazwischen ertönten Kommandorufe, Vorwürfe 2c. und über alle dem schwebte eine undurchdringliche Finsterniß, welche in der schwachen Beleuchtung durch die vereinzelten Schiffs- und Brückenlichter nur noch grausiger erschien. Noch an demselben Abend wurde die Leiche der Frau des Formermeisters Kabitschke aus dem Wasser gezogen. Am andern Tage wurde die Leiche der Frau des Formers Kliemke in der Nähe der Unglücksstätte an das Land getrieben, schwer verletzt und merkwürdiger Weise ganz nackt. Außerdem haben an Verletzungen davongetragen: der Formermeister Kabitschke einen Rippenbruch und eine Lungenquetschung, dessen Tochter innerliche Quetschungen und einen Bruch des linken Schlüsselbeines, Frau Former Reuter Quetschungen des linken Oberschenkels, des Rückgrates und der linken Brusthälfte. Die Staatsanwaltschaft will durch sechs von ihr geladene Zeugen und mehrere Sachverständige beweisen, daß der Angeklagte einmal vorschriftswidrig schnell gefahren ist, dann aber auch in schräger, statt in gerader Richtung in die Durchfahrt hineingesteuert ist. Dagegen hat die Vertheidigung 18 Zeugen geladen, die den Nachweis führen sollen, daß den Angeklagten kein Verschulden trifft, daß er vorschriftsmäßig gefahren ist, daß das Publikum seinen Anordnungen zuwider stehen blieb und die Aussicht versperrte und daß der betreffende Dampfer breiter ist, als die gewöhnlichen Spreedampfer. Bei dem Verhör bestreitet der Angeklagte jedes Verschulden seinerseits. Er führte das Schiff bereits seit Pfingsten d. J. und habe 11 Mal des Nachts die Dammbrücke passirt; er sei immer glücklich durchgekommen, höchstens einmal ganz leicht mit dem Schiffe auf der Seite angestreift. Auch in dem vorliegenden Falle habe das Schiff nur leicht die Brücke gestreift; die Erschütterung sei so gering gewesen, daß man auf dem Hintertheil des Schiffes nichts davon bemerkt habe. Das Geländer sei auch nur ganz wenig eingedrückt gewesen und es sei gar nicht zu erklären, wie die Frauen in das Wasser gekommen seien. Dieselben müßten im Schreck aufgesprungen sein und dabei auf irgend welche Weise das Gleichgewicht verloren haben. Da die Brücke des Nachts stets geschlossen ist, müssen die Dampfer stets erst anrufen und während des Aufziehens liegen bleiben. Er habe etwa 70 Meter vor der Brücke gehalten und dann das Kommando gegeben: „Ganz langsam vorwärts!“ Langsamer könne er überhaupt nicht fahren, als er gefahren sei, denn sonst verliere das Schiff seine Steuerkraft und werde vom Strome erst recht an die Brücke getrieben. Wenn er gerade durch die Mitte komme, bleiben auf jeder Bordseite noch 11 Zoll freier Spielraum. Der Platz für den Schiffsführer bezw. Steuermann sei auf den Spreedampfern nicht erhöht wie auf Seeschiffen. deshalb konnte er über die Leute, welche standen, bezw. trotz der Warnung wieder aufgestanden waren, nicht hinwegsehen. Hiermit war das Verhör des Angeklagten geschlossen und es begann die Zeugenvernehmung, bei welcher jedoch die verletzten Personen gegen den angeklagten Schiffskapitän Seegert Belastendes nicht aussagen konnten. Der als Sachverständiger geladene königliche Wasserbauinspektor Germemann aus Berlin schickte seinem Gutachten voraus, daß am Donnerstag vor dem Unglücksfall der Schifffahrts-Inspektor Bonin (von der Dampfergesellschaft) bei ihm gewesen und mit Rücksicht auf einen kleinen Unfall, der einem mit Schulkindern besetzten Dampfer widerfahren war, um eine Abänderung der gefährlichen Brückenkonstruktion gebeten hatte, deren Kosten die Gesellschaft freiwillig übernehmen wolle. „Die Brücke gehört aber,“ so fuhr der Sachverständige fort, „der Stadt Köpenick, ich konnte daher nichts thun, als ihm den Rath zu geben, sich an den Köpenicker Magistrat zu wenden. Am nächsten Sonntag schon geschah das Unglück. Früher oder später mußte ein solches Unglück eintreten, zumal bei den viel breiteren Dampfern, welche sich die Gesellschaft in diesem Jahre angeschafft hat. Die Brücke ist ungemein gefährlich. Es ist ein wahres Kunststück hindurchzukommen. Den Kapitän trifft keine Schuld.“ Wären die Balkenköpfe mit Brettern verkleidet gewesen, so hätte ein solches Unglück gar nicht geschehen können. Das Schiff wäre dann zwar angestoßen, aber es würde einfach wieder losgedrückt worden sein. Es sei als ein wahres Wunder anzusehen, daß nicht schon größeres Unglück passirt ist. Heute sei die Brücke noch genau so, wie am Tage des Unglücks, der Bau werde wohl erst in zwei Jahren beginnen. Der von der Vertheidigung geladene zweite Sachverständige, Schiffs-

---

hangen. Nach vielen vergeblichen, sorgfältig verabredeten Reden schritt man zu demüthigsten Vorstellungen. Alle Senatoren warfen sich zu seinen Füßen und baten unter Thränen, in die Trennung zu willigen, und durch edle Selbstüberwindung das zu verhindern, was sonst zum Besten der Nation sie zu thun gezwungen sein würden.

„Man hat uns,“ sagt der Kastellan von Posen, der das Wort im Namen des Reichstages führte, „in den Tagen des Jagello, eures Eltervaters, eine Akte, die von seinem Throne kam, und die wir unseren Rechten zuwider glaubten, vor seinen Augen mit unseren Säbeln zerhauen sehen. O! Gott verhüte es, daß wir jetzo nicht zu dergleichen äußersten Mitteln schreiten. Wir legen uns nur aufs Bitten, und von diesem allein erwarten wir den glücklichen Erfolg unserer Wünsche.“

Da dies alles erfolglos beim Könige, wollte Peter Kmita, Woywode von Krakau, ein Mann von großem Ansehen in der Republik, zu reden anfangen; aber der König, vor Zorn außer sich, befiehlt ihm zu schweigen. Da wandte der jüngste der Senatoren, Raphael Leszczynski, Woywode von Brzesc, sich mit einer Dreistigkeit, die anderswo für ein Verbrechen angesehen werden würde, und welche Polen für eine Tugend hält, an den König mit der Frage, ob er vergessen hätte, über welche Leute er zu regieren — suche und fügte hinzu:

„Wir sind Polacken, und die, wenn ihr sie nicht kennet, machen sich ebensoviel Ehre daraus, die Könige, welche die Gesetze hoch halten, zu ehren, als die Hoheit derer, welche sie verachten, zu erniedrigen. Hütet euch, daß ihr uns, indem ihr eure Eidschwüre brechet, die unsrigen nicht zurückgebet. Der König, euer Vater, gab unseren Vorschlägen Gehör, und wir müssen es so einrichten, daß ihr in Zukunft einer Republik ihren Gehör gebet, in der ihr, wie ihr nicht zu wissen scheinet, weiter nichts als der vornehmste Bürger seid.“

Die Landboten und der Senat loben diese Kühnheit, der König wird gezwungen, sie mit Beifall zu beehren und in der Versammlung einen gelinderen Ton anzunehmen. Man hatte die Absicht, den König zur Niederlegung der Krone zu nöthigen. Man redete öffentlich von Zwischenregierung und stand im Begriff, sie bekannt zu machen. Der König merkte dies und schien nicht aufgebracht, daß man sich mehr an ihm als an seiner Gemahlin zu reiben suchte. Er wollte lieber mit ihr außer dem Königreich leben, als sie verlieren und daselbst herrschen. Man versichert sogar, daß, wenn nicht der Bischof von Krakau ihn daran verhindert, er noch auf diesem Reichstage die Krone niedergelegt und nach Lithauen gegangen sein würde, um es von neuem vom Staate zu trennen.

Seine Mutter unterließ zwar nichts, um die Landboten und den Senat zur Zernichtung der Vermählung zu veranlassen, wollte aber nicht, daß er vom Throne steige, von dem sie in Zukunft allen Beistand erwartete. Vielleicht brachte sie es durch ihre List dahin, daß man nur darauf bedacht war, seine Gewalt einzuschränken, nachdem man ihn mehr als je entschlossen sah, von seiner Gemahlin nicht zu lassen.

Man suchte ihn unter die Aufsicht der Abgeordneten, welche die allgemeine Versammlung des Staates ausmachten, zu bringen und fand bald einen Vorwand dazu. Man suchte die Bedingungen hervor, unter denen das Königreich dem neuen Könige übergeben worden war. Man sagte, sein Vater habe verboten, ihm die Regierung eher zu überlassen, als bis er alle von der Republik getrennte Staaten wieder mit derselben vereinigt hätte, und verlangte von ihm die Erfüllung dieses Versprechens. Bis er dies erfüllt haben würde, glaubte man berechtigt zu sein, seine Gewalt über die Völker an sich zu reißen. Allein dies hieß, ihm die Mittel zur Wiedererlangung nehmen, weil er ohne diese Gewalt die Länder gar nicht wiedererobern konnte.

Dies stellte Tarnowski vor. Alle, die nach dem Throne strebten, hatten ihn (Tarnowski) von seinem Vorsatze, den Thron zu besteigen, abgebracht. Er zeigte den Widerspruch, einen für den König erkennen, und ihm seine Macht rauben. Er zeigte der Republik das unvermeidliche Unglück, worin sowohl Herren als Verweser sich befinden würden. Die an den König gestellte Forderung (der Wiedereroberung) könne nur die Zeit zuwege bringen, vielleicht nicht einmal diese. Indem man den ihm schuldigen Gehorsam von einem Zufall, über den er nicht Herr wäre, abhängen ließe, widerrufe man seine Wahl (zum Könige) und trieb Spott mit der Treue, die man ihm geschworen.

Diese Vorstellung erhält nur des Königs Beifall, der in seiner Verzweiflung neue Stärke findet, der seine Rechte mit weit mehr Stolz zurückfordert, als diejenigen zeigten, welche sie nicht anerkennen wollten. Edle Kühnheit konnte allein die Wuth seiner Unterthanen stillen. Ihr Trotz zu bieten war das einzige Mittel sie zu überwinden. Daher erklärte sich August (trotz der Bemühungen des Peter Kmita, der Tarnowskis Vorschläge zu widerlegen suchte) mit gebieterischem Tone: er wolle, um die Verwirrung, welche im Staate auszubrechen drohe, zu verhindern, seine Pflichten nach aller Strenge der Gesetze ausüben. Man hoffe vergebens, daß er auf dem Throne einschlafen würde, oder daß er auf ihm so lange müßiger Zuschauer der Republik sein würde, bis sie den Grund derselben zerstört hätten. Er würde seine Herrschaft über sie bis an seinen Tod behaupten. Er habe sie von Gott und von den Stimmen der Nation. Gott lege ihm Pflichten auf, die er nicht anders erfüllen könne, als indem er sich den Vorurtheilen seiner Völker widersetze. Kurz, er wolle regieren und ihnen folglich lehren, wie sie ihm als ihrem Oberhaupte gehorchen müßten, wo sie nicht entschlossen wären, als untergeordnete Glieder, das ihrige zu der Ehre, welche er erobern wollte, und zu dem Glück, welches er ihnen zu verschaffen willens wäre, mit beizutragen.

In diesem Augenblick ließ August durch einen Herold die Eröffnung des Tribunals ankündigen, auf dem damals die Könige selbst die Gerechtigkeit handhabten. Senat und Abgeordnete erglühen vor Zorn. Einige lassen denselben ausbrechen. Der König unterdrückt diese Ausbrüche durch seine zornigen Blicke gänzlich.

Am Sitzungstage begab sich August in Begleitung des Senats und der Landboten zur Sitzung. Peter Kmita trug, seinem Amte gemäß, den Marschallsstab vor ihm. Als man sich gesetzt und Kmita, nach Gebrauch, Stillschweigen geboten, bittet er den König mit erzwungener Ehrerbietung um die Erlaubniß, sich von den Gerichten entfernen zu dürfen, die er für ungiltig hielt, sobald sie nicht von der Republik bestätigt worden, legt seinen Stab nieder, empfiehlt sich dem König und verläßt die Versammlung.

Dies Beispiel feuert die Anderen an. Senatoren und Abgeordnete verlassen die Sitzung und reisen noch an demselben Tage von Petrikau ab. Bis dahin hatte noch keiner sich getraut den Reichstag zu zerreißen. Beim Könige blieben nur der Bischof von Krakau und der Großfeldherr Tarnowski, mit denen der König die Sachen der Privatpersonen so ruhig entschied, als wenn er nur damit beschäftigt wäre, seine Urtheilssprüche durch die theilnehmenden Senatoren billigen zu lassen.

Das Wichtigste war, zu verhindern, daß die Empörung durch die Landboten ins Land getragen würde. Deshalb erläßt August auf der Stelle Universalien, in denen er die Beweggründe der Großen, die den Staat beunruhigen, um ihre Macht zu vermehren, entdeckte, so wie ihre Vorwände, um ihre ungerechte Absicht zu erreichen.

„Vergebens,“ sagte der König, „haben sie dieselbe unter dem Scheine eines außerordentlichen Eifers für mein Bestes, für die Ehre meiner Krone und für das Wohl des Staates zu verbergen gesucht; sie sind nicht vielmehr von meiner Vermählung, die sie gemißbilligt, gerührt worden, als ich von den Vorwürfen, die sie mir dieserhalb zu machen sich erkühnt. Kann denn eine Gemahlin aus dem Adelstande einen Thron beschimpfen, der von eben diesem Adel abhängt, den derselbe ertheilt, und den nichts verhindert danach zu streben? Da sie durch meine Standhaftigkeit in ihren Anschlägen verhindert worden, so haben sie sich gezwungen gesehen, die ganze Abscheulichkeit derselben zu entdecken. Sie haben mir selbst zu der Zeit meine Macht streitig gemacht, da sie mich für ihren Herrn erkannten. Sie nannten mich ihren König und wollten an meiner Stelle regieren.“

Er bat dann alle Glieder des Staates, sich zu erklären, ob sie ihm oder einer Hand voll Aufrührern gehorchen wollten.

—z.

(Fortsetzung folgt.)

kapitän a. D. Oberländer, jetzt Büreauchef des Bremer Lloyd, schließt sich dem vorstehenden Gutachten vollinhaltlich an. Er hat 20 Jahre gefahren, viele Brücken gesehen, aber „eine solche Kuriosität wie diese Brücke niemals". Nach dem Urtheil der Sachverständigen-Gutachten stellte Staatsanwalt Harker selbst die Freisprechung anheim, wenn der Gerichtshof nicht etwa darin eine Fahrlässigkeit finden sollte, daß der Angeklagte die an der gefährdeten Stelle sitzenden Personen rechtzeitig aufforderte, aufzustehen und nach der anderen Seite hinüberzugehen. Der Gerichtshof erkannte jedoch, ohne sich erst zurückzuziehen, auf vollständige Freisprechung.

Militärisches.

= **München**, 14. Dezember. Wie die „Allg. Ztg." vernimmt, sind Allerhöchsten Orts nunmehr die Fähnchen für die Lanzen der Reiter-Regimenter genehmigt und deren baldigste Einführung angeordnet worden. Für die Mannschaft bestehen dieselben aus einem 50—60 cm langen, zweizüngigen, je 10 cm breiten blau und weißen Fähnchen, für die nicht silbernes Portéepée tragenden Unteroffiziere aus einem ebenso langen, aber etwa 25—30 cm breiten weißen Fähnchen, auf welchem nach Maßgabe der bei den übrigen deutschen Truppen getroffenen Anordnungen in Farbendruck das bayerische Wappen rechts- wie linksseitig angebracht ist.

Lokales.

Posen, 17. Dezember.

* **Besuch.** Gestern ist der Fürstbischof D. Kopp aus Breslau zum Besuch des Erzbischofs D. Dinder hier eingetroffen und hat bei diesem Wohnung genommen; er wird schon morgen die Rückreise antreten. Herr D. Dinder hat aus Anlaß des Besuches ein Diner gegeben, an welchem auch die Domherren theilnahmen.

—u. **Unglücksfall.** Vorgestern Abend ist der in Unter-Wilda wohnhafte Restaurateur Rudolf C. vor dem Grundstücke Nr. 6 daselbst so unglücklich gefallen, daß er den linken Unterschenkel zweimal gebrochen hat. Er mußte in einer Droschke nach seiner Wohnung geschafft werden.

* **Aus dem Polizeiberichte.** Verhaftet: Ein Bettler, ein Maurer, ein Arbeiter und ein Besenbinder, welche sich über den rechtmäßigen Erwerb von Weihnachtsbäumen nicht auszuweisen vermochten, und ein Arbeiter aus Jersitz, welcher das von ihm geführte Fuhrwerk nicht beleuchtet hatte und davon zu fahren versuchte, als er von einem Schutzmann angehalten wurde. — Zwangsweise gereinigt wurde gestern das Trottoir vor einem Grundstück in der Schloßstraße. — Nach seiner Wohnung geschafft wurde gestern ein Arbeiter, welcher in dem Glacis bei Fort Haake halberstarrt aufgefunden worden war.

* **Diebstahl.** Eine Hökerin von hier hat gestern einer Händlerin auf dem Sapiehaplatz 2 Gänse gestohlen; sie wurde aber auf frischer That ertappt und verhaftet.

—u. **Diebstahl.** Gestern in den Nachmittagsstunden war ein hiesiger Müllergeselle in das unverschlossen gewesene Zimmer eines Haushälters, welcher in dem Hause Königsstraße Nr. 1 wohnhaft ist, gedrungen, um hier einen Diebstahl auszuführen. Die silberne Taschenuhr des Haushälters fiel ihm zuerst auf und erregte seine Begierde. Schnell steckte er sie ein und wollte den Rückzug antreten, aber die Nemesis ereilte ihn in der Gestalt des Bestohlenen, welcher den Dieb durch einen Schutzmann verhaften ließ.

Handel und Verkehr.

** **Berlin**, 16. Dezember. **Zentral-Markthalle.** [Amtlicher Bericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in der Zentral-Markthalle.] Marktlage. Fleisch. Zufuhr gering. Geschäft unbedeutend. Wild und Geflügel. Die Zufuhren bedeutend, Absatz schwach. Weiterer Preisrückgang zu erwarten. Fische. Schwache, doch genügende Zufuhr, auch in Lachs und Seezunge. Geschäft still. Mittlere Preise. Butter lebhaft. Preise fest und etwas höher. Käse ruhig. Gemüse und Obst unverändert. Südfrüchte. Jaffa-Apfelsinen billiger, Valencia reichlicher eingegangen.

Fleisch. Rindfleisch Ia 53—58, IIa 42—48, IIIa 35—38, Kalbfleisch Ia 54—65, IIa 42—52, Hammelfleisch Ia 45—50, IIa 40—44, Schweinefleisch 60—63, Bakonier do. 58—59 Mk. per 50 Kilo.

Geräuchertes und gesalzenes Fleisch. Schinken ger. mit Knochen 80—100 M., Speck, ger. 80 M. per 50 Kilo.

Wild. Damwild per ½ Kilo 0,35—0,50, Rothwild per ½ Kilo 0,35—0,45, Rehwild Ia. 0,60—0,65, IIa. bis 0,55, Wildschweine 0,30—0,50 M., Hasen per Stück 2,80—3,05 M.

Wildgeflügel. Fasanenhähne 3,50—4,50 Mk., Fasanenhennen 2,50—3,20 Mk., Wildenten 1,00—1,40 Mk., Seeenten 50—75, Krickenten — Pf., Waldschnepfen 3,50 M., Rebhühner, junge bis — M., alte —,— Pf. per Stück.

Zahmes Geflügel, lebend. Gänse, 2,25—3,50, Enten 1,10—1,80 Mk., Puten —,—, Hühner alte 0,70—1,25, do. junge — bis — M., Tauben 0,40—0,45 Mark per Stück.

Fische. Hechte pr. 50 Kilogramm 50—70, Zander 86, Barsche —, Karpfen große 85 Mk., do. mittelgr. 76 Mk., do. kleine 70, Schleie 86 Mk., Bleie 32 Mk., Aland 50 M., bunte Fische (Plötze rc.) 44 M., Aale, große — M., do. mittelgroße — M., do. kleine — M. Krebse, große, p. Schock — M., mittelgr. 2,50—4 M., do. kleine 10 Centimeter 1,40—1,50 M.

Butter u. Eier. Ost- u. westpr. Ia. 119—121 M., IIa. 112—115, schlesische, pommersche und posensche Ia. 118,00—120,00, do. do. IIa. 112—115 M., ger. Hofbutter 108—110 M., Landbutter 85—95 M. — Eier. Hochprima Eier 4,20 M., Kalkeier 3,80 M. per Schock netto ohne Rabatt.

Gemüse und Früchte. Dabersche Speisekartoffeln 1,20—1,60 M., do. blaue 1,20—1,60 M., do. weiße 1,20—1,60 M., Rimpansche Delikateß 5—6 M. Zwiebeln 6,50—7,50 M. per 50 Kilogr., Mohrrüben, lange per 50 Liter 1,00 Mark, Blumenkohl, per 100 Kopf 20—30 Mark, Kohlrabi, per Schock 0,50—0,60 M., Kopfsalat, inländisch 100 Kopf — M., Spinat, per 50 Ltr. 1,50 M., Kochäpfel 3—5 M., Tafeläpfel, diverse Sorten —, M. per 50 Kilo, Kochbirnen per 50 Liter 7—8 M., Tafelbirnen div 10—20 M., Weintrauben p. 50 Kg. div., brutto mit Korb, —,— M., ungar. do. —,— M., italienische do. — bis — M. Nüsse, per 50 Kilogr. Franz. Marbots 28—30 M., franz. Lots 24—26 M., rheinische — M., rumänische — Mark, Haselnüsse, rund, Sizilianer 26—28 Mark, do. lang. Neapolitaner 46—50 M., Paranüsse 35—48 M., franz. Krachmandeln 92—95 M.

** **Berlin**, 16. Dezbr. (Original-Wochenbericht für Stärke und Stärkefabrikate von Max Saberski.) Prima Kartoffelstärke 16½—17¼ M., Ia. Kartoffelmehl 16¾—17¼ M., IIa Kartoffelmehl und -Stärke 14½—15½ M., feuchte Kartoffelstärke loko und Parität Berlin 7,50 M., Frankfurter Syrupfabriken zahlen frei Fabrik Frankfurt a. O. 7,30 M., gelber Syrup 17¼—17¾ M., Capillair-Export 19½ bis 20½ M., Capillair-Syrup 18½—19½ M., Kartoffelzucker-Capillair 18½—19½ M., Kartoffelzucker gelber 17½—18 M., Rum-Couleur 34—36 M., Bier-Couleur 34—36 M., Dextrin gelb und weiß Ia. 27—28 M., do. sekunda 24—25 M., Weizenstärke (kleinst.) 36—37 M., do. (großst.) 39½—41 M., Hallesche und Schlesische Stärke 39½—41 M., Schabe-Stärke 31—32 Mark, Mais-Stärke 30—31 Mark, Reisstrahlenstärke 45½—47 M., Reisstückenstärke 43—44 M. Alles per 100 Kilo ab Bahn bei Partien von mindestens 10 000 Kilo. (N.-Z.)

** **Berliner Konkursnachrichten.** In dem Konkurse über das Vermögen 1) des Buchbinders R. Ranft soll die Schlußvertheilung von 676 M. 75 Pf. Massebestand auf 5126 M. 90 Pf. anerkannte Forderungen erfolgen, 2) des Kolonialwaarenhändlers O. Hausenfelder hier sollen als Schlußvertheilung 1128 M. 15 Pf. Massebestand auf 20 923 M. 7 Pf. anerkannte Forderungen vertheilt werden. Der Konkurs über das Vermögen 1) des Kaufmanns G. Paul in Firma Amsterdamer Kaffeelagerei ist durch Ausschüttung der Masse beendet und 2) des Kaufmanns Georg Lindenstaedt wird mit Einwilligung aller Gläubiger aufgehoben. Konkurs ist eröffnet über das Vermögen des Kaufmanns Louis Nathan hier, Stralauerstraße 25, Konkursverwalter ist der Kaufmann Fischer, Alte Jakobstraße 172. Anmeldefrist bis 15. Februar 1890. Termin 28. Dezember cr.

** **Vom oberschlesischen Eisenmarkt**, 13. Dezember. Seit dem letzten Berichte hat sich die Situation nicht wesentlich verändert und ist Neues nicht zu berichten. Der oberschlesische Walzeisenverband hat den Grundpreis für Walzeisen auf 19,50 Mark per 100 Kg. franco Empfangsstation erhöht und die Grossisten notiren ab Lager bereits 20 M. per 100 Kg. Die Marktlage selbst ist außerordentlich günstig. Die Werke sind mit Ordres, für welche sie die weitgehendsten Liefertermine beanspruchen, reichlich versehen, und scheint es, daß die Grossisten, deren Läger sehr gelichtet sind, nunmehr mit großen Lagerbestellungen an die Werke herantreten. Die Stimmung ist ungemein fest und werden die erhöhten Preise bereitwilligst angelegt. Selbst erfahrene Hüttenleute sind durch den sonst in den Wintermonaten nicht üblichen Andrang von Spezifikationen überrascht und läßt sich diese Erscheinung nur auf den effektiven Bedarf und das Vertrauen zu der augenblicklichen Hausse in der Eisenbranche zurückführen. — Für Gießerei-Roheisen, welches augenblicklich sehr knapp ist, werden franco 9 M. per 100 Kg. gefordert und gern gezahlt. — Feinbleche kosten 24 M., Grobbleche 22 M. per 100 Kg. Grundpreis. Dieselben werden gegenwärtig in größeren Quanten nach dem Auslande, besonders nach Rußland und den Donauländern, zu besseren Preisen als bisher exportirt, woselbst unsere oberschlesischen Marken sehr beliebt sind und gegen andere Marken leicht den Vorzug erhalten. Der Preis für Zinkblech ist wiederum gestiegen und notirt 48—48,50 M. per 100 Kg. frei Werk.

(Bresl. Morg.-Ztg.)

Marktpreise zu Breslau am 16. Dezember.

Festsetzungen der städtischen Markt-Deputation.		gute Höchster M. Pf.	gute Niedrigst. M. Pf.	mittlere Höchster M. Pf.	mittlere Niedrigst. M. Pf.	geringe Waare Höchster M. Pf.	geringe Waare Niedrigst. M. Pf.
Weizen, weißer	pro 100 Kilog.	19 30	19 10	18 70	18 30	17 70	17 20
Weizen, gelber alter		19 20	18 90	18 60	18 20	17 60	17 10
Roggen		17 80	17 60	17 40	17 10	16 90	16 70
Gerste		18 50	17 80	16 50	16 —	15 —	13 50
Hafer		16 70	16 50	16 30	16 10	15 90	15 50
Erbsen		17 50	17 —	16 50	16 —	15 —	14 50

Raps, per 100 Kilogramm, 31,— — 29,30 — 27,80 Mark.
Winterrübsen 30,50 — 28,90 — 27,20 Mark.
Sommerrübsen —,— —,— —,— Mark.
Dotter —,—, — Mark.
Schlaglein 21,50 — 20,30 — 18,— Mark.
Hanfsaat —,—, — Mark.
Kartoffeln (Detailpreise) pro 2 Liter 0,08 — 0,09 — 0,10 Mark.

Breslau, 16. Dezember. (Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.)

Roggen (per 1000 Kilogr.) still. Gekünd. —,— Ctr. per Dezember 179,00 Br., April-Mai 180,00 Gd.

Hafer (per 1000 Kgr.) Gek. — Ctr., per Dezember 166,00 Br., April-Mai 166,00 Br.

Rüböl (per 100 Kilogramm) still. Gek. —,— Ctr., per Dezember 73,50 Br., Dezember-Januar 71,50 Br., Januar-Februar 71,00 Br., Februar-März 70,50 Br., März-April 70,00 Br., April-Mai 69,00 Br.

Spiritus (per 100 Liter à 100 Proz.) excl. 50 u. 70 Mark Verbrauchsabgabe, Gek. —,— Ltr. Per Dezbr. (50er) 49,50 Gd., (70er) 30,00 Gd., Dezember-Januar (70er) 30,00 Gd. April-Mai (70er) 31,50 Gd.

Zink (per 50 Kilogr.) ohne Umsatz. Die Börsenkommission.

Stettin, 16. Dezember. Wetter: Trübe. Temperatur + 2 Grad Reaum. Barometer 28,9. Wind: SSW.

Weizen fester, per 1000 Kilo loko 186—193 Mark, per Dezember 191,5 M. Gd., per April-Mai 197—197,5 M. bez., per Mai-Juni 197,5 M. Br. u. Gd., per Juni-Juli 198 M. G. — Roggen höher, per 1000 Kilo loko 169 bis 174 M. bez., per Dezember 173,5 M. nom., per April-Mai 175,5 M. bez., per Mai-Juni 175 M. bez., per Juni-Juli 175,25 M. Br. u. Gd., per Dezember-Januar — M. — Gerste unverändert, per 1000 Kilo loko Märker 170 bis 185 M. bez., feinste über Notiz bezahlt. — Hafer ruhig, per 1000 Kilo loko pommerscher 153 bis 157 Mark bez. — Rüböl ruhig, per 100 Kilo loko ohne Faß bei Kleinigkeiten flüssiges 70,25 M. Br., per Dezember 69,25 M. Br., per April-Mai 65 M. Br. — Spiritus fester, per 10 000 Liter-Prozent loko ohne Faß 70er 31,7 M. Gd., 50er 51,1 M. bez., per Dezember 70er 31 M. nom., per April-Mai 70er 32,2 M. Br. u. Gd., per Mai-Juni 70er 32,6 M. Br. u. Gd., per Juni-Juli 70er 33 M. Br. u. Gd. — Angemeldet: Nichts. Regulirungspreise: Weizen 191,5 M., Roggen 173,5 M., Spiritus 70er 31 M. — Petroleum loko —.

Telegraphische Nachrichten.

Saarbrücken, 17. Dezember. Auf den Louisenthaler Gruben arbeiteten gestern nicht alle, sondern nur etwa tausend Mann. In der Dudweiler und Camphausen-Zeche sind heute etwas mehr Arbeiter angefahren als gestern, in der Zeche Maybach arbeiten nur einige hundert Mann, die Belegschaft der Grube von der Heydt striket noch.

Zanzibar, 16. Dezember. Buschiri ist gefangen und am 15. d. M. standrechtlich mit dem Tode bestraft.

Petersburg, 17. Dezember. Das Journal de St. Petersbourg dementirt die Nachricht der Staaten-Korrespondenz, nach welcher die Eingangszölle von Waaren, die eingeführt werden durch Schiffe von Staaten, welche keinen Handelsvertrag mit Rußland haben, aufs Doppelte erhöht werden sollten. Ein solcher Plan bestehe nicht. Das Journal drückt ferner sein Erstaunen darüber aus, daß die österreichisch-ungarische Presse wegen einer rein finanziellen Frage Serbien ungerecht angreife und dabei Beschwerden erfinde, wie die Aufnahme montenegrischer Auswanderer durch Serbien. Indem Letzteres die Montenegriner aufnahm, übte es einen Akt brüderlichen Mitgefühls aus. Die Montenegriner könnten bei ihren armseligen Hilfsmitteln nicht weithin auswandern; man wisse aus dem Aufsehen erregenden Prozesse, daß die Auswanderungs-Gesellschaften nur Auswanderer befördern, welche ihre Plätze und andere Kosten bezahlen können.

Riga, 17. Dezember. Gestern hat hier die erste Stadtverordnetensitzung stattgefunden, in welcher in russischer Sprache verhandelt wurde. Das Stadthaupt v. Oettingen, die Stadträthe Hillner, Hausmann und Tiemer und der Stadtsekretär Alt haben ihre Entlassung nachgesucht.

Zanzibar, 17. Dezember. Wie das „Bureau Reuter" meldet, soll Emin Pascha außer Gefahr sein; er wird demnächst hier erwartet.

Börse zu Posen.

Posen, 17. Dezember. [Amtlicher Börsenbericht.]

Spiritus. Gekündigt —,— L. Kündigungspreis (50er) 49,80, (70er) 3?,30. (Loko ohne Faß) (50er) 49,80 (?0er) 30,30.

Posen, 17. Dezember. [Börsenbericht.]

Spiritus fester. Loko ohne Faß, (50er) 49,80, (70er) 30,30.

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 17. Dezember. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

		Not. v. 16.			Not. v. 16.
Weizen fester			**Spiritus** schwach		
pr. Dezbr.-Januar	196 25	195 50	**unverst.** mit Abgabe		
„ April-Mai	203 50	203 —	v. **50 M.** loco o. F.	51 80	51 70
Roggen höher			„ April Mai	52 —	51 90
„ Dezbr.-Januar	179 —	177 —	**unverst.** mit Abgabe		
„ April-Mai	181 50	179 75	v. **70 M.** loco o. F.	32 50	32 40
Rüböl behauptet			„ Dezember	32 30	32 40
pr. April-Mai 1890	65 40	65 30	„ Dezbr.-Januar	31 90	32 —
Hafer fest			„ April-Mai	33 —	33 —
pr. April-Mai 1890	166 75	166 25			

Kündig. in Roggen — Wspl. — Kündig. in **Spiritus** 160,000 Ltr.

Deutsche 3½% Reichsa.	103 70	103 80	Russ. 4½% Bdkr.-Pfdbr.	98 75	98 90
Konsolidirte 4% Anl.	105 —	105 —	Poln. 5% Pfandbr.	63 40	63 30
Pos. 4% Pfandbriefe	100 80	101 —	Poln. Liquid.-Pfdbr.	59 25	59 30
Pos. 3½% Pfandbr.	99 75	99 60	Ungar. 4% Goldrente	86 90	87 —
Pos. Rentenbriefe	103 90	103 90	Oestr. Kred.-Akt. (ultimo)	171 20	172 10
Oestr. Banknoten	173 25	173 30	Oestr.-Fr. Staatsb. (ultimo)	100 50	100 50
Oestr. Silberrente	74 40	74 70	Lombarden (ultimo)	55 10	55 20
Russ. Banknoten	217 30	217 85	**Fondstimmung**		
Russ. konf. Anl. 1871	— —	— —	schwach		

Ostpr. Südb. E. S. A.	89 10	89 10	Pos. Provinz. B. A.	— —	— —
Mainz Ludwighf. dto.	122 —	122 —	Landwirthschft. B. A.	— —	— —
Marienb. Mlawka dto	58 —	58 10	Pos. Spritfabr. B. A.	— —	— —
Mekl. Franzb. Friedr.	161 70	161 10	Berl Handelsgesellsch	202 —	202 25
Warsch.-Wien. E. S. A	186 10	186 75	Deutsche B. Akt.	173 50	174 —
Galizier E. St. Akt.	79 —	— —	Diskonto Kommandit	245 75	246 90
Russ 4% konf. Anl. 1880	93 10	93 —	Königs- u. Laurahütte	172 —	174 90
dto. 6% Goldrente	113 10	113 90	Dortm. St. Pr. La. A.	132 40	134 25
dto. zw. Orient. Anl.	66 20	66 30	Inowrazl. Steinsalz	46 80	46 90
dto. Präm.-Anl. 1866	152 50	153 50	Schwarzkopf	256 50	258 75
Italienische Rente	94 20	94 10	Bochumer	268 75	272 60
Rum. 6% Anl. 1880	106 10	106 —	Gruson	191 —	191 80

Nachbörse: Staatsbahn 100 30 Kredit 171 30 Diskonto-Kom. 246 30
Russische Noten 216 70 (ultimo)

Stettin, den 17. Dezember. (Telegr. Agentur von Alb. Lichtenstein.)

		Not. v. 16.			Not. v. 16.
Weizen animirt			**Spiritus** behauptet		
Dez.-Jan. a. Usan.	193 —	191 50	**unverst.** mit Abgabe		
Dez.-Jan. neue "	— —	— —	v. **50 M.** loco o. F.	51 20	51 10
April-Mai a. Usance	200 —	197 50	**unverst.** mit Abgabe		
April-Mai neue "	— —	— —	v **70 M.** loco o. F.	31 80	31 70
Roggen animirt			pr. Dezbr.-Januar	31 —	31 —
Dez.-Jan. a. Usan.	175 —	173 50	pr. April-Mai	32 20	32 20
Dez.-Jan. neue "	— —	— —	**Rüböl** ruhig		
April-Mai a. Usance	179 25	175 50	pr. April-Mai	65 —	65 —
April-Mai neue "	— —	— —	**Petroleum** ruhig	12 60	12 60

Petroleum loco versteuert Usance 1½ %.

Die während des Druckes dieses Blattes eintreffenden Depeschen werden im Morgenblatte wiederholt.

Wetterbericht vom 16. Dezember, Morgens 8 Uhr

Stationen.	Barom. a. 0 Gr. nach d. Meeresniv. reduz. in mm.	Wind.		Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
Mullaghmore	768	SW	2	bedeckt	7
Aberdeen	765	W	2	halb bedeckt	6
Christiansund	758	OSO	3	wolkig	4
Kopenhagen	775	W	2	Nebel	1
Stockholm	774	W	2	Nebel	— 2
Haparanda	771	SW	4	bedeckt	— 1
Petersburg	777	O	1	bedeckt	— 5
Moskau	779	still		bedeckt	— 6
Cork, Queenst.	771	WSW	3	Regen	11
Cherbourg	772	WNW	3	Regen	9
Helder	774	S	1	Nebel	0
Sylt	772	SSW	3	Dunst	1
Hamburg	775	SSO	1	wolkig [1]	— 1
Swinemünde	676	still		Dunst	— 1
Neufahrwasser	775	S	1	Dunst	— 3
Memel	775	SSO	2	Nebel	— 3
Paris	776	SW	1	bedeckt	— 2
Münster	775	SW	1	bedeckt	— 1
Karlsruhe	775	NO	1	bedeckt	0
Wiesbaden	776	still		bedeckt	— 1
München	775	SW	2	bedeckt	— 2
Chemnitz	777	N	1	Regen [2]	— 2
Berlin	776	NW	2	bedeckt [3]	0
Wien	775	N	1	bedeckt	— 3
Breslau	775	N	1	bedeckt	— 4
Ile d'Aix	778	SO	3	Nebel	1
Nizza	767	O	4	wolkenlos	3
Triest	769	ONO	7	halb bedeckt	2

[1] Reif. [2] Glatteis. [3] Glatteis.

Skala für die Windstärke.

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Eine Zone hohen Luftdruckes, über 777 mm, liegt über Mittel-Europa, ein Minimum unter 758 mm nördlich von Schottland. In Central-Europa ist das Wetter ruhig, trübe und meist etwas kälter, ohne meßbare Niederschläge. In Deutschland, sowie im Innern Frankreichs herrscht leichter Frost. **Deutsche Seewarte.**

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 16. Dezember Mittags 0,92 Meter.
" " 17. " Morgens 0,96 "
" " 17. " Mittags 0,98 "

Lichtstärke der Gasbeleuchtung in Posen.

Am 16. Dezember Abends: 16,1 Normalkerzen.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Comp. (A. Röstel) in Posen.